

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|---|---|
| 30. Rechtsstellung der Mitglieder der
Freiwilligen Feuerwehren im Bauverfahren | 34. Finanzdaten der Gemeinden Tirols
Entwicklung 2016 bis 2018 |
| 31. Brandgefährlich im Wald -
Was ist zu beachten, wer zahlt? | 35. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Juli 2019 |
| 32. Information über die Anmeldung von
Bedarfszuweisungswünschen | 36. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis Juli 2019
<i>Verbraucherpreisindex für
Mai 2019 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 33. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2018 | |

30.

Rechtsstellung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren im Bauverfahren

Die Freiwilligen Feuerwehren und die Pflichtfeuerwehren werden in weiten Teilen ihres Aufgabengebietes als Hilfsorgane anderer Behörden tätig und sind hinsichtlich der verbleibenden Aufgabenbereiche Körperschaften öffentlichen Rechts (vgl. § 1 Abs. 4 des Landes-Feuerwehrgesetzes 2001 - LFG 2001). Werden die Freiwilligen Feuerwehren als Hilfsorgane tätig, so haben sie keine Rechtspersönlichkeit.

§ 1 Abs. 1 LFG 2001 legt drei Aufgabenbereiche der Feuerwehren fest. Es sind dies die Bereiche Brandschutz (Feuerpolizei), Katastrophenhilfe (Rettungs- und Hilfsmaßnahmen bei Unfällen und Elementarereignissen) und technische Hilfsdienste (Rettungs- und Hilfsmaßnahmen). Nach § 1 Abs. 3 LFG 2001 sind die Feuerwehren bei der Erfüllung dieser Aufgaben bei Ereignissen von örtlicher Bedeutung als Hilfsorgan des Bürgermeisters tätig. Bei Ereignissen von überörtlicher Bedeutung sind sie Hilfsorgan der Bezirksverwaltungsbehörde bzw. der Landesregierung.

Die Feuerwehren sind somit bei der Erfüllung der Aufgaben nach § 1 Abs. 1 als Hilfsorgan des Bürgermeisters tätig und als dessen verlängerter Arm anzusehen; ihre Akte werden rechtlich dem Bürgermeister zugerechnet.

Für das Bauverfahren bestimmt § 32 Abs. 7 der Tiroler Bauordnung 2018 mittels taxativer Aufzählung, welche Personen bzw. Einrichtungen im Bauverfahren als brandschutztechnische Sachverständige herangezogen werden dürfen.

Es sind dies beispielsweise Sachverständige der Tiroler Landeskommission für Brandverhütung, akkreditierte Prüf- und Überwachungsstellen, oder beedete Ziviltechniker, Ingenieurbüros und Baumeister, jeweils im Rahmen ihrer Befugnis, nicht jedoch die Feuerwehren bzw. Angehörige der Feuerwehren. Angehörige der Feuerwehren können im Bauverfahren somit keinesfalls als brandschutztechnische Sachverständige fungieren.

Beteiligen sie sich jedoch im Bauverfahren, indem sie eine Stellungnahme zu den bautechnischen Erfordernissen im Hinblick auf Aufstellflächen von Feuerwehrfahrzeugen und Art und Menge der Löschmittel abgeben und auf diese Weise feuerpolizeiliche Interessen, insbesondere hinsichtlich der Brandbekämpfung, wahren, so könnten sie als sogenannte Beteiligte des Verfahrens, die an der Feststellung des Sachverhaltes mitwirken,

angesehen werden.

Aus den obigen Ausführungen ergibt sich, dass mangels einer gesetzlich vorgesehenen Sachverständigenfunktion der Feuerwehren im Bauverfahren, dem Bauwerber für eine allfällige Teilnahme von Angehörigen der Feuerwehren im Bauverfahren auch keine Kosten (Sachverständigengebühren, Kommissionsgebühren) vorgeschrieben werden können.

31.

Brandgefährlich im Wald - Was ist zu beachten, wer zahlt?

Die zunehmende Häufigkeit von Waldbränden im Zuge von unvorsichtigem Umgang mit Feuer und insbesondere mit Brauchtumsfeuern zeigen, dass viel Aufklärungsbedarf zum Thema Wald und Feuer besteht.

Nachdem die Folgen für die Gemeinden und Bevölkerung bei Waldbränden beträchtlich sein können und die finanzielle Belastung der öffentlichen Hand im Zuge der Löscheinsätze sehr große Dimensionen erreicht, wird im Folgenden auf rechtliche und finanzielle Gegebenheiten eingegangen.

Die Missachtung der gesetzlichen Bestimmungen kann zu empfindlichen Verwaltungsstrafen führen. Werden die teilweise enorm hohen Löschkosten auch noch auf den Verursacher des Waldbrandes überwältzt, könnte dies zum wirtschaftlichen Ruin des Verursachers führen.

1. Forstgesetz (BGBl. 440/1975 idGF)

Das Entzünden und Unterhalten von Feuer im Wald ist bis auf wenige Ausnahmen grundsätzlich verboten! Dazu zählt auch das Wegwerfen von z.B. brennenden Zündhölzern und Zigaretten. Bei ungünstigen Verhältnissen (Trockenheit!) gilt das auch für walddnahe Bereiche. Nur befugten Personen ist es erlaubt im Wald ein Feuer zu entzünden. Befugte Personen sind Grundeigentümer, Forstorgane, Jagdschutzorgane und Forstarbeiter sowie Personen, die eine schriftliche Erlaubnis des Grundeigentümers besitzen.

Das beabsichtigte Anlegen von Feuer ist spätestens vor Beginn unter Angabe des Ortes und des Zeitpunktes der Gemeinde zu melden. Die befugten Personen müssen mit größter Vorsicht vorgehen, das Feuer ist zu beaufsichtigen und vor dem Verlassen sorgfältig zu löschen.

Übrigens: Diese strengen gesetzlichen Bestimmungen

(schriftliche Erlaubnis des Grundeigentümers, Meldungen bei der Gemeinde, Beaufsichtigung bis zum Erlöschen) gilt auch für Brauchtumsfeuer, ist aber offensichtlich nicht bekannt, da diese landauf und landab nicht eingehalten werden.

In Zeiten besonderer Brandgefahr kann die Behörde für besonders gefährdete Gebiete jegliches Feuerentzünden sowie das Rauchen im Wald und in dessen Gefährdungsbereich verbieten. Auch ein Betretungsverbot kann behördlich ausgesprochen werden. In den letzten Jahren herrschten vermehrt solche Situationen vor, sodass von Seiten der Bezirkshauptmannschaften auch Verordnungen erlassen werden mussten.

Auch im Wald müssen die Zielsetzungen des Bundesluftreinhaltegesetzes (siehe unten) entsprechend beachtet werden.

Äste und sonstige Pflanzenreste dürfen daher im Wald nur dann verbrannt werden, wenn sie nicht anders behandelt oder entsorgt werden können bzw. wenn sich im Astmaterial Forstschädlinge in gefahrdrohender Weise vermehren und die Schädlinge im speziellen Fall nur mittels Verbrennen abgetötet werden können.

2. Bundesluftreinhaltegesetz (BGBl. I Nr. 137/2002 idF. BGBl. Nr. 77/2010)

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Verbrennen von Material - außerhalb des Waldes - in der freien Natur sind zuletzt im Jahr 2010 verschärft worden. Das Bundesluftreinhaltegesetz - BLRG, verpflichtet jedermann, die Luft bestmöglich rein zu halten. Das Verbrennen von (biogenen und nicht biogenen) Materialien außerhalb von Anlagen ist demnach

grundsätzlich verboten; nunmehr müssen alle Materialien ganzjährig in die bestehende Infrastruktur für die sachgerechte Behandlung und Verwertung (z.B. Sammelsysteme, Biotonne) eingebracht werden.

In folgenden Fällen sieht das BLRG Ausnahmen vom generellen Verbrennungsverbot vor:

- **Feuer im Rahmen von Übungen**
- **Lagerfeuer und Grillfeuer**
- **Abflammen** (Hitzebehandlung zur Zerstörung von Schadorganismen)
- **punktueller Verbrennen von geschwendetem Material** (nur in schwer zugänglichen alpinen Lagen zur Verhinderung der Verbuschung)

In den erläuternden Bemerkungen zum Gesetz wird zum geschwendeten Material ausgeführt:

„Sollte es z.B. auf Grund des Fehlens von Forststraßen absolut unmöglich sein, das zur Verhinderung des Zuwachsens von Almen gerodete Holz ins Tal einer ordnungsgemäßen Verwertung zuzuführen, ist in Ausnahmefällen in alpinen Lagen das Verbrennen von geschwendetem Material erlaubt. Unter „Schwenden“ versteht man das „periodische Entfernen unerwünschten Bewuchses auf Weideflächen zum Zweck der Aufrechterhaltung des Weidebetriebes“.

Sofern zur Aufrechterhaltung des Weidebetriebes das Schwenden auf Hut- oder Dauerweiden bzw. das Entfernen von Ästen und Reisig im Bereich von Lärchenwiesen und Hut- oder Dauerweiden nötig ist, wird es von dieser Bestimmung ebenso erfasst.

Dies gilt jedoch nur für Flächen, die als Weide im Almkataster bzw. als Hut- oder Dauerweide oder Lärchenwiese im INVEKOS geführt werden und dort als Futterfläche ausgewiesen sind. Zugleich muss das geschwendete Material von schwer zugänglichen Weideflächen stammen. Als schwer zugänglich gilt ein Teil der Weidefläche, wenn er weiter als 50 m von Schlepper- und Traktor-befahrbareren Gelände entfernt ist bzw. wenn der Einsatz einer Seilwinde geländetechnisch in Bereichen, die näher als 50 m zu fahrbareren Gelände entfernt sind, nicht durchführbar ist.

Ausschließlich bei Vorliegen der obigen Voraussetzungen darf das Schwendgut nur in trockenem Zustand vor Ort

punktuell an einem Brandplatz (zur Schonung der Grasnarbe) verbrannt werden. In allen übrigen Fällen ist das geschwendete Material abzutransportieren und gemäß den abfallrechtlichen Bestimmungen zu verwerten.

Mit Verordnung des Landeshauptmannes LGBL Nr. 12/2011 idF LGBL Nr. 33/2017 wurden *Ausnahmen vom Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen* zugelassen. Mit dieser Verordnung wurde das **punktueller Verbrennen von Pflanzenteilen**

- für **Brauchtumsfeuer**,
- für die **Bekämpfung der Pflanzenkrankheit „Feuerbrand“**
- und im Zuge der **Weideflächenräumung nach Lawinenabgängen in schwer zugänglichen alpinen Lagen**

zugelassen.

Feuer im Rahmen von Brauchtumsveranstaltungen dürfen laut BLRG ausschließlich mit biogenen Materialien (z.B. Holz) beschickt werden.

Zeit und Ort des Verbrennens sind in diesem Fall 14 Tage! im Voraus an die Gemeinde und die Landeswarnzentrale zu melden.

Außerdem ist dafür zu sorgen, dass das Feuer bis zum endgültigen Erlöschen durch eine körperlich und geistig geeignete Person beaufsichtigt wird. Damit eine Ausbreitung des Feuers verhindert wird, ist erforderliches Löschgerät (z.B. Eimer mit Wasser, Nasslöcher) in ausreichender Anzahl und Menge bereitzuhalten.

Zusammenfassung Brauchtumsfeuer:

- Zustimmung des Grundeigentümers ist notwendig
- Zeit und Ort ist 14 Tage (!) vorher Gemeinde zu melden
- Nur biogene Materialien
- Beaufsichtigung bis zum endgültigem Erlöschen
- Ausreichend Löschmittel sind bereitzuhalten

Für das Verbrennen von Pflanzenteilen im Zuge der Weideflächenräumungen nach Lawinen gelten sinngemäß die Bestimmungen zum geschwendeten Material.

Konsequenzen bei Missachtung der rechtlichen Bestimmungen

Übertretungen der forstrechtlichen Bestimmungen werden mit einer Verwaltungsstrafe von bis zu 7.270 €

bestraft.

Übertretungen des Bundesluftreinhaltegesetzes werden, sofern die Tat nicht mit gerichtlicher Strafe bedroht ist, mit einer Verwaltungsstrafe von bis zu 3.630 € bestraft.

Wesentlich gravierender als die Verwaltungsstrafen wiegen jedoch allfällige strafrechtliche Konsequenzen bei gemeingefährlich strafbarer Handlung oder im Zuge von Kostenregressen, die möglicherweise auf einen Verursacher eines Waldbrandes zukommen. Bei nachgewiesener Verursachung eines Waldbrandes werden die vom Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus getragenen Kosten der Brandbekämpfung auf den Verursacher abgewälzt. Besteht eine Haftpflichtversicherung, so übernimmt im besten Falle diese die Kosten. Bei Vorliegen einer strafbaren Handlung oder grob fahrlässigem Verhalten kann der Verursacher nicht auf seine Haftpflichtversicherung hoffen. Wie die jüngere Vergangenheit gezeigt hat, entstehen bei Löschaktionen, die über mehrere Tage andauern, **Kosten in der Höhe von mehreren Zehntausend bis über 300.000 €.**

Finanzielle Abwicklung der Brandbekämpfung

Die umfangreichen Bestimmungen der Tiroler Waldordnung zur finanziellen Abwicklung der Brandbekämpfung finden sich in den §§ 47 bis 52 Tiroler Waldordnung LGBl. Nr. 55/2005 idF LGBl. Nr. 133/2017.

Aus diesen Bestimmungen werden einige der für die Praxis bedeutsamsten Regelungen exemplarisch hervorgehoben:

Die Gemeinden als Rechnungsadressat aller Einsatzkosten der Feuerwehr haben gegenüber dem Bund Anspruch auf Ersatz folgender Kosten: Beförderung der Mannschaften und Löscheinrichtungen zum Brandplatz, verbrauchte Betriebsstoffe und Löschmittel, Schäden an Fahrzeugen und Geräten, Werkzeugen und Ausrüstungsgegenständen, sowie für geleistete Entschädigungen für Verdienstentgang. Wird die Bergrettung, ein sonstiger Rettungsdienst oder andere Organisationen von der Einsatzleitung angefordert, haben auch diese Anspruch auf Kostenersatz wie die Gemeinden. Nur bezahlte Rechnungen für o.a. Kostenarten können binnen 8 Wochen beim Land Tirol, Abteilung Waldschutz, im Wege der Bezirksforstinspektion zur Vorlage beim Bund eingereicht werden.

Die Anforderung von Hubschrauberunterstützung erfolgt ausschließlich im Wege des Bürgermeisters bzw.

Kommandanten über die Landeswarnzentrale. Diese entscheidet, ob Hubschrauber des Bundes oder privater Luftfahrtunternehmen zum Einsatz gebracht werden. Die Kosten für Hubschrauber von Luftfahrtunternehmen werden vom Land Tirol vorfinanziert und dem Bund zur Refundierung übermittelt.

Ist ein Verursacher des Brandes von der Polizei ermittelt worden, holt sich der Bund in der Regel die übernommenen Kosten der Brandbekämpfung (Hubschrauberkosten privater Luftfahrtunternehmer und Kosten der Gemeinden/Einsatzorganisationen) vom Verursacher zurück.

Die Kosten der Brandbekämpfung durch Hubschrauber des Bundes (Bundesministerium für Inneres und Bundesministerium für Landesverteidigung) wurden bislang nicht auf Verursacher von Waldbränden überwält.

Verhaltensregeln - kurz und bündig:

Im Wald und in waldnahen Bereichen ist das Entzünden von Feuer verboten bzw. nur auf einen klar abgegrenzten Kreis von Befugten und zu klar abgegrenzten Zwecken beschränkt.

- Bei Wind und oder Trockenheit generell kein Feuer im Freien!
- Jeder der ein Feuer entzündet, ist selbst dafür verantwortlich!
- Zustimmung vom Grundeigentümer einholen!
- Rechtlich zugelassene Feuer frühzeitig bei der Gemeinde und der Landeswarnzentrale anmelden!
- Rechtlich zugelassene Feuer grundsätzlich nur punktuell entzünden!
- Löschmittel in ausreichender Menge bereithalten!
- Ausschließlich getrocknetes biogenes Material verbrennen!
- Abfall und nicht biogenes Material grundsätzlich nicht verbrennen!
- Feuer bis zum vollständigen Erlöschen beaufsichtigen!
- Alle brennenden und glimmenden Reste vollständig ablöschen!

*DI Christian Schwaninger,
Abteilung Waldschutz*

32.

Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

Anträge

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen.

Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben wird ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, BDZW Antrag-V, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen Teils und des Haushaltsteils automatisch übernommen.

Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbetrag anzugeben. Bei Vorhaben, deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjährigen Zusagen ist eine jährliche Antragstellung nicht notwendig.

Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint.

Beim **Vorhaben/Antrag** ist im Feld „Beschreibung“ Folgendes anzugeben:

- **konkrete Beschreibung** des Vorhabens,
- **Darlegung (Begründung) der Notwendigkeit** der Umsetzung des Vorhabens unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und allfälliger Schwerpunktsetzungen der Gemeinde und
- **gegebenenfalls gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen** des Vorhabens.

Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, sollen unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf vorgesehen, über die/den BürgermeisterIn an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Verbuchung

Reguläre Bedarfszuweisungen aus dem GAF (inkl. Schul- und Kindergartenbauförderungen) sind auch nach der VRV 2015 als Kapitaltransfers auf dem Konto 8711 zu verbuchen. Für die Verbuchung von nicht vorhabensbezogenen Bedarfszuweisungen für strukturschwache Gemeinden nach § 12 Abs. 5 Z 2 FAG 2017 (Konto 8611) und zum landesinternen Finanzkraftausgleich nach § 12 Abs. 5 Z 4 FAG 2017 (Konto 8612) gilt, dass diese als laufende Transferzahlungen auf den angegebenen Konten zu erfassen sind.

Österreichischer Stabilitätspakt 2012 - ÖStP 2012

Im Hinblick auf den ÖStP 2012 bzw. die Einhaltung der dort vorgesehenen Fiskalregeln werden Bedarfszuweisungsmittel vorrangig nur mehr für Vorhaben gewährt, in denen die Aufnahme von Darlehen maastrichtrelevant ist. Dazu zählen z.B. Schulen, Kindergärten, Straßen, Gemeindeämter etc., nicht jedoch die sogenannten marktbestimmten Bereiche (Abschnitte 85 und 86), wie z.B. Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllentsorgung.

Gebührenhaushalt Kanal

Um den Maastricht-Schuldenstand zu reduzieren ist es notwendig, gegensteuernde Maßnahmen zu setzen. Aus diesem Grund wurde die bisher im Gemeindeausgleichsfonds bestehende Position „Gebührenhaushalt Kanal“, über die bislang entsprechende Fördermittel nach einem bestimmten Schlüssel an die Gemeinde ausbezahlt wurden, gestrichen. Diese Mittel werden innerhalb des Gemeindeausgleichsfonds umgeschichtet und stehen als bedarfsbezogene Bedarfszuweisungsmittel zur Verfügung.

Antragsfristen

Anträge für das folgende Finanzjahr und spätere Finanzjahre sind längstens bis **Mittwoch, den 18. September 2019**, einzubringen. Die Anträge in der Gemeindeanwendung sind grundsätzlich vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmann-

schaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden und dem Büro des Gemeindereferenten der Tiroler Landesregierung.

Primär ist zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Bedeckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite oder dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben gemäß den Bedarfszuweisungsrichtlinien vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindeverbände sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeinden unverzüglich zu beantworten.

Das Ergebnis der Prüfung wird den BürgermeisterInnen - wie im Vorjahr mit der Möglichkeit eines persönlichen Gesprächstermins mit Herrn Landesrat - schriftlich mitgeteilt.

Entscheidung und Zusicherung

Der Gemeindereferent sichert anschließend der Gemeinde/dem Gemeindeverband die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde/der Gemeindeverband, das Finanzjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindeverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fortzufahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen.

Für die Finanzplanung des Gemeindeausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindeanwendung erfasst werden.

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung erfolgt nicht.

Abwicklung von Anträgen auf Auszahlung von Bedarfszuweisungen in der Gemeindeanwendung/Portal Tirol

Ausgangslage:

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht über die Sonderprüfung der Mittel des Gemeindeausgleichsfonds vom Sommer 2014 folgende Empfehlung gem. Art. 69 der Tiroler Landesordnung ausgesprochen:

„Der LRH empfiehlt daher, dass im Sinne des § 13 F-VG zur effizienteren Kontrolle der Verwendung der BZW Zahlungsnachweise in Form von Rechnungen in der dafür vorgesehenen Gemeindeanwendung (Portal Tirol) eingepflegt werden. Allfällige Auszüge aus Gemeindebuchhaltungen können nach Ansicht des LRH den Nachweis mittels Rechnungen nicht ersetzen.“

Unter Berücksichtigung dieser Empfehlung des LRH wie auch der bisherigen Praxis bei der Auszahlung der Bedarfszuweisungen, durch welche bereits bisher die widmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungsmittel sichergestellt war, wird die Ablauforganisation wie folgt festgelegt:

Die Auszahlung der seitens des Gemeindereferenten schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen erfolgt zu den vierteljährlichen Auszahlungsterminen, im Regelfall Ende März, Ende Juni, Ende September und Anfang Dezember. Diese Termine werden seitens der Abteilung Gemeinden mit dem Gemeindereferenten abgestimmt und den Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften rechtzeitig bekannt gegeben.

Zur Auszahlung von schriftlich zugesagten Bedarfszuweisungen sind diese **von der Gemeinde** in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol (GA) mittels „Auszahlungsantrag“ zu **beantragen** und in der Rubrik „Mitteilungen“ mit einem **auszahlungsbegründenden Nachweis** zu **dokumentieren**.

Taugliche auszahlungsbegründende Nachweise sind:

a) Rechnungen:

Dies kommt vor allem bei Einzelvorhaben wie Ankauf eines Kommunalfahrzeuges oder Asphaltierung von Gemeindestraßen in Betracht. Diese Nachweise sind **von den Gemeinden** in die Gemeindeanwendung zu implementieren.

b) Auszüge aus der Gemeindebuchhaltung (Kontoblätter):

Diese sind als Nachweis, insbesondere bei Bauvorhaben zweckdienlich, da hier aufgrund des Umfangs des Vorhabens bzw. der Mehrzahl oder Vielzahl von Rechnungen eine Implementierung jeder Einzelrechnung in die Gemeindeanwendung mit einem unververtretbaren Verwaltungsaufwand für die Gemeinden verbunden und für Prüfwzwecke nur bedingt geeignet wäre.

Aus dem jeweiligen Kontoblatt ist der zusammengefasste Überblick über die Verbuchung der Rechnungen und Zahlungen ersichtlich. Außerdem handelt es sich bei diesen Kontoblättern um Dokumente aus der Buchhaltung der Gemeinde, welche nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften wie Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 - VRV 2015, Tiroler Gemeindeordnung 2001 und Gemeindehaushaltsverordnung 2012 zu erstellen sind. Zentraler Grundsatz dabei ist, dass keine Buchung ohne Beleg erfolgen darf; den Buchungen liegen somit Rechnungen und Zahlungsnachweise zugrunde.

c) Weiters Angebote mit **Auftrags- bzw. Bestellbestätigungen, Kaufverträge, etc.**

Diese können als Nachweise anerkannt werden, wenn die entsprechende **Zahlungsverpflichtung im zeitlichen Zusammenhang** mit der jeweiligen Auszahlung steht.

Diese Nachweise kommen insbesondere dann in Betracht, wenn aufgrund der lediglich vierteljährlichen Auszahlungstermine der Bedarfszuweisungen die Gemeinden eine Zwischenfinanzierung aufnehmen müssten. Nach Vorliegen der Rechnung bzw. bei entsprechender Verbuchung in der Gemeindebuchhaltung ist der Nachweis in sinngemäßer Anwendung der lit. a

oder lit. b in der Gemeindeanwendung durch die Gemeinde zu dokumentieren und von der BH zu überprüfen.

Der **Auszahlungsantrag** ist seitens der Gemeinden an die jeweils zuständige Bezirkshauptmannschaft (BH) weiterzuleiten. Die BH prüft den Antrag im Hinblick auf die widmungsgemäße Verwendung der Mittel und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit, des Bedarfes und der vorhandenen Mittel die vom Gemeindereferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeinden des Amtes der Tiroler Landesregierung zur Auszahlung an.

Die Abteilung Gemeinden erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindereferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Die Landesregierung entscheidet darüber in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeinden zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinden aus.

Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für Gemeindeverbände.

Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die MitarbeiterInnen der Gemeindereferate der Bezirkshauptmannschaften oder der Abteilung Gemeinden beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter „Gemeindeanwendung Land Tirol“.

33. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2018

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	Imst - 24 G		Ibk.-Land - 65 G		Kitzbühel - 20 G		Kufstein - 30 G		Landeck - 30 G		Lienz - 33 G		Reutte - 37 G		Schwarz 39 G		Su. Bezirke - 278 G		Ibk.-Stact - 1 G		Summe Tirol 279 G	
	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%	in Euro	%
Erwohnerzahl lt. Registerz. 31.10.2015	58.765	9,59	175.911	28,70	63.394	10,34	107.005	17,46	44.046	7,19	48.933	7,98	32.315	5,27	82.540	13,47	612.909	100,00	132.140	18,08%	745.049	100,00
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	94.293	9,56	285.193	28,71	102.419	10,28	177.421	17,80	71.000	7,12	79.532	7,98	52.090	5,23	133.792	13,42	996.740	100,00	308.327	30,97%	1.305.067	100,00
Finanzkraft für 2017	10.591.924	8,93	28.852.627	24,32	14.910.379	12,57	23.150.899	19,51	9.752.036	8,22	7.142.881	6,02	7.312.766	6,16	16.947.218	14,28	118.680.730	100,00	30.730.780	20,57%	149.391.510	100,00
1 Ordentliche Einnahmen 1)	177.210.693	3,016	469.055.898	2,666	196.202.351	3,095	294.340.901	2,751	156.656.354	3,557	139.419.945	2,849	106.297.493	3,289	249.255.893	3,020	1.788.437.508	2,918	378.625.195	2,865	2.167.062.693	2,909
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	29.889.642	5,09	111.982.396	6,37	15.289.418	24,1	52.977.640	49,5	40.890.378	92,8	22.868.024	46,2	11.824.795	36,6	35.353.492	42,8	320.795.766	52,3	86.732.297	65,6	407.528.063	54,7
3 Gesamteinnahmen	207.100.325	3,524	581.038.274	3,303	211.491.769	3,336	347.318.541	3,246	197.546.732	4,485	162.006.969	3,311	118.122.279	3,655	284.609.385	3,446	2.109.233.274	3,441	465.357.492	3,522	2.574.590.756	3,456
in % der Bezirkssumme	9,82%		27,55%		10,03%		16,47%		9,37%		7,66%		5,60%		13,46%		100,00%		18,08%		100,00%	
4 Personalaufwand 2)	38.496.477	6,55	115.548.795	6,57	42.106.101	6,64	67.947.025	6,35	28.826.041	6,54	28.659.790	5,96	20.185.135	6,25	44.860.051	5,43	396.029.415	6,31	81.499.220	6,17	468.128.635	6,28
5 Sachaufwand	140.159.536	2,385	354.926.637	2,018	155.110.321	2,447	224.588.251	2,099	130.328.397	2,959	110.595.159	2,260	85.454.749	2,644	203.001.193	2,458	1.404.174.243	2,291	297.135.274	2,249	1.701.309.517	2,283
6 Ordentliche Ausgaben 1)	178.656.013	3,040	470.475.422	2,675	197.216.422	3,111	292.545.276	2,734	159.154.438	3,613	139.254.949	2,846	105.639.894	3,259	247.861.254	3,003	1.790.803.658	2,922	378.634.494	2,865	2.169.438.152	2,912
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	29.711.630	5,06	101.639.597	5,79	14.994.545	23,7	50.879.156	47,5	38.270.891	86,9	25.566.659	52,3	16.115.889	49,9	30.008.793	36,4	307.986.170	50,2	86.732.297	65,6	394.118.467	52,9
8 Gesamtausgaben	208.367.643	3,546	572.112.019	3,253	212.210.967	3,347	343.424.432	3,209	197.425.328	4,482	164.823.618	3,368	121.755.773	3,768	277.870.047	3,366	2.098.189.828	3,423	465.366.791	3,522	2.563.556.619	3,441
in % der Bezirkssumme (ohne Innsbruck)	9,93%		27,28%		10,11%		16,37%		9,41%		7,86%		5,80%		13,24%		100,00%		18,15%		100,00%	
Eigene Steuern:																						
9 Grundsteuer A	79.577	1	197.015	1	159.633	3	177.320	2	61.535	1	98.393	2	86.138	3	186.503	2	1.026.114	2	11.671	0	1.037.785	1
10 Grundsteuer B	5.633.317	96	14.314.890	81	9.536.344	150	9.625.763	90	5.226.997	119	3.137.945	64	3.708.450	115	7.575.891	92	58.759.297	96	11.923.899	90	70.683.196	95
11 Kommunalsteuer	18.918.240	322	53.484.941	304	22.962.811	362	46.647.504	436	17.074.070	386	13.656.327	279	12.938.271	400	33.270.973	403	218.953.137	357	61.929.830	469	280.882.967	377
12 Vermögenssteuer	12.050	0	130.996	1	179.717	3	81.076	2	85.745	2	111.071	2	17.447	1	114.055	1	732.187	1	410.465	3	1.142.632	3
13 Hundesteuer	197.603	3	574.788	3	202.079	3	275.067	3	120.106	3	103.124	2	94.734	3	241.020	3	1.808.521	3	452.069	3	2.260.590	3
14 Gebrauchsabgabe	377.473	6	1.244.819	6	1.019.100	16	2.025.767	19	350.505	8	141.239	3	1.194.030	37	565.356	7	6.918.289	11	7.863.832	59	14.772.121	20
15 Verwaltungsabgabe	415.788	7	860.091	5	552.997	9	569.200	5	342.924	8	289.236	6	197.069	6	505.976	6	3.733.181	6	1.728.198	13	5.461.379	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	324.276	6	471.381	3	444.862	7	553.584	5	466.184	11	1.115.138	23	151.278	5	731.597	9	4.258.300	7	8.161.693	62	12.419.993	17
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-32.324	-1	0	0	170	0	692	0	0	0	181	0	932	0	-14.150	0	-44.459	0	-64.925	0	-109.424	0
18 Interessentbeiträge n. VerhAufschAbtG	3.410.503	58	11.693.782	66	6.219.683	98	7.269.095	68	2.409.895	55	2.820.499	56	1.915.459	59	4.415.769	53	40.154.725	66	5.002.830	38	45.157.555	61
19 Summe Eigene Steuern	29.336.503	499	82.972.703	472	41.277.363	651	67.225.068	628	26.137.761	593	21.473.153	439	20.303.848	628	47.572.800	576	336.295.232	549	97.409.562	737	433.708.794	582
20 Abgabentragsanteile nach abs 5)	52.173.462	888	156.138.378	888	56.070.568	894	97.147.655	908	38.856.684	882	43.536.332	890	29.517.841	882	73.256.727	888	545.705.867	890	169.134.067	1.280	714.840.934	959
21 Spielbankabgabe 6)	0	0	771.473	4	484.101	8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.255.574	2	1.122.766	8	2.378.340	3
22 Abgabentragsanteile nicht nach abs 7)	6.351.085	108	9.008.959	51	5.395.246	85	8.098.914	76	7.453.707	169	3.327.000	68	3.180.054	98	9.638.129	117	52.453.134	86	22.968.575	174	75.421.709	101
23 Summe Abgabentragsanteile	58.524.547	996	165.919.820	943	61.949.935	977	105.246.569	984	46.320.591	1.052	46.862.362	958	31.697.895	981	82.894.856	1.004	599.415.675	978	193.225.408	1.462	792.640.983	1.064
24 Weitere Einnahmen:																						
25 Benutzunggebühren nach dem FAG 8)	22.702.126	396	45.397.942	258	22.633.526	357	22.165.081	207	20.686.308	470	15.995.281	327	10.105.635	313	26.275.558	318	185.961.458	303	21.877.079	166	207.838.537	279
26 Bedarfswahlleistungen 9)	9.972.721	170	25.032.306	142	6.699.295	106	12.304.387	115	9.927.782	225	14.047.388	287	9.459.471	293	14.887.174	180	102.330.495	167	10.010.613	75	112.341.108	151
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	120.536.897	2.051	319.321.771	1.815	132.560.143	2.091	206.941.105	1.934	103.072.423	2.340	98.378.184	2.010	71.566.849	2.215	171.630.388	2.079	1.224.006.780	1.997	322.522.662	2.441	1.546.529.422	2.076
Verpflichtungen zum 31.12.:																						
28 Darlehensaufnahmen	16.725.168	285	63.784.977	363	7.964.457	126	23.567.791	220	23.197.612	527	6.466.805	132	6.431.985	168	20.370.434	247	167.509.219	273	45.000.000	341	212.509.219	285
29 Schuldschreiben	-928.713	-16	-2.346.720	-13	-647.423	-10	-845.776	-8	-865.748	-22	-824.980	-17	-507.517	-16	-870.748	-11	-7.936.628	-13	-1.074.586	-8	-9.010.212	-12
30 laufende Schuldentilgung	10.425.702	177	19.199.770	92	5.918.942	93	10.079.987	83	10.079.987	229	6.573.155	134	5.960.223	184	9.729.856	118	73.778.414	120	1.696.875	13	75.475.289	101
31 Schuldenstand zum 31.12.	129.103.879	2.197	227.670.680	1.294	70.546.526	1.113	105.994.070	1.000	119.866.418	2.721	88.472.708	1.808	51.836.459	1.604	113.039.479	1.370	907.583.259	1.481	121.656.087	921	1.029.186.346	1.381
32 Stand an Leasingverpflichtungen zum 31.12.	6.450.522	110	136.600.099	777	48.936.348	772	33.883.731	317	65.853.811	1.495	17.261.453	353	42.338.638	1.310	50.158.724	608	401.483.326	655	118.326.974	895	519.810.300	688
33 Stand an Haftungverpflichtungen 31.12.	3.128.709	53	17.580.035	77	3.693.430	58	2.271.924	21	2.919.704	66	9.906.790	202	714.739	22	2.981.612	36	43.183.940	70	0	0	43.183.940	58
Vermögen zum 31.12.:																						
34 Zuführungen an Rücklagen	2.216.062	38	5.042.664	29	6.299.909	99	9.454.048	88	2.043.756	46	3.917.567	80	2.996.912	93	6.545.901	79	38.516.819	63	3.063.387	23	41.570.205	56
35 Stand an Rücklagen	6.792.122	116	29.897.491	170	30.887.153	487	34.600.354	323	10.820.995	246	11.864.690	242	6.675.209	207	12.738.298	154	144.276.212	235	10.029.387	76	154.305.599	207
36 Stand an Darlehensforderungen	2.076.215	35	6.100.116	35	3.729.295	32	3.729.295	32	3.729.295	32	263.840	5	28.923	1	243.811	3	17.9					

34. Finanzdaten der Gemeinden Tirols - Entwicklung 2016 bis 2018

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	TIROLER GEMEINDEN OHNE INNSBRUCK						STADTGEMEINDE INNSBRUCK						TIROLER GEMEINDEN INKLUSIVE INNSBRUCK					
	2016 (278 Gem.)		2017 (278 Gem.)		2018 (278 Gem.)		2016		2017		2018		2016 (279 Gem.)		2017 (279 Gem.)		2018 (279 Gem.)	
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
Einwohnerzahl lt. Registerz. 2013/14/15	600.721	606.269	612.909	126.922	132.140	137.643	129.907	132.140	132.140	132.140	132.140	129.907	132.140	132.140	132.140	132.140	132.140	132.140
Abgestufter Bevölkerungsschlüssel	974.779	984.712	996.740	296.151	308.327	307.930	303.116	308.327	308.327	308.327	308.327	303.116	308.327	308.327	308.327	308.327	308.327	308.327
Finanzkraft für 2017	110.237.034	114.299.077	118.660.730	29.014.184	29.014.184	29.014.184	29.803.595	29.014.184	29.014.184	29.014.184	29.014.184	29.803.595	29.014.184	29.014.184	29.014.184	29.014.184	29.014.184	29.014.184
1 Ordentliche Einnahmen 1)	1.651.306.855	2.749	1.691.231.506	2.790	1.788.437.508	2.918	357.405.791	2.816	358.184.436	2.757	378.625.185	2.865	2.049.415.942	2.784	2.049.415.942	2.784	2.049.415.942	2.909
2 Außerordentliche Einnahmen 1)	232.617.937	387	257.239.687	424	320.795.766	523	94.052.455	741	98.275.569	757	66.730.297	449	355.515.255	483	355.515.255	483	355.515.255	547
3 Gesamteinnahmen	1.883.924.792	3.136	1.948.471.193	3.214	2.109.233.274	3.441	451.458.246	3.557	456.460.005	3.514	465.357.482	3.522	2.404.931.197	3.267	2.404.931.197	3.267	2.404.931.197	3.456
4 Personalaufwand 2)	342.107.523	569	370.782.503	612	395.629.415	631	74.729.505	589	82.017.284	631	81.499.220	617	416.837.028	573	416.837.028	573	416.837.028	628
5 Sachaufwand	1.300.335.639	2.165	1.325.051.990	2.186	1.404.174.243	2.291	282.615.465	2.227	276.274.832	2.127	297.135.274	2.249	1.681.326.822	2.175	1.681.326.822	2.175	1.681.326.822	2.283
6 Ordentliche Ausgaben 1)	1.642.443.162	2.734	1.695.834.494	2.797	1.790.803.658	2.922	357.344.969	2.815	358.292.116	2.758	378.634.494	2.865	1.989.788.132	2.748	1.989.788.132	2.748	1.989.788.132	2.912
7 Außerordentliche Ausgaben 1)	234.004.639	390	268.291.523	443	307.386.170	502	94.052.455	741	98.275.569	757	66.730.297	449	355.515.255	483	355.515.255	483	355.515.255	529
8 Gesamtausgaben	1.876.447.802	3.124	1.964.126.016	3.240	2.098.189.828	3.423	451.397.424	3.556	456.567.685	3.515	465.366.791	3.522	2.327.945.226	3.199	2.327.945.226	3.199	2.327.945.226	3.441
Eigene Steuern:																		
9 Grundsteuer A	885.859	2	1.122.624	2	1.026.114	2	11.547	0	11.642	0	11.671	0	997.406	1	1.134.266	2	1.037.785	1
10 Grundsteuer B	54.998.855	92	56.619.739	93	58.759.297	96	11.485.882	90	11.616.080	89	11.923.899	90	66.484.737	91	68.237.820	93	70.683.196	95
11 Kommunalsteuer	197.891.876	329	207.107.240	342	218.953.137	357	57.413.721	452	59.322.081	457	61.929.830	469	265.305.597	351	266.429.301	362	280.882.967	377
12 Vergünstigungssteuer	1.257.849	2	1.286.682	2	1.321.687	2	965.757	8	923.415	7	410.465	3	2.223.606	3	2.210.097	3	1.142.632	2
13 Hundesteuer	1.578.341	3	1.683.454	3	1.808.521	3	443.407	3	449.582	3	452.069	3	2.021.748	3	2.133.036	3	2.260.590	3
14 Gebrauchsabgabe	7.136.743	12	7.042.148	12	6.918.289	11	8.579.417	68	8.046.386	62	7.853.832	59	15.716.160	22	15.088.534	20	14.772.121	20
15 Verwaltungsabgabe	3.701.461	6	3.715.051	6	3.733.181	6	1.845.462	15	1.789.272	14	1.728.198	13	5.546.923	8	5.504.322	7	5.461.379	7
16 Sonstige Gemeindeabgaben 3)	3.879.076	6	4.052.670	7	4.258.300	7	8.348.349	66	8.374.305	64	8.161.693	62	12.227.426	17	12.426.975	17	12.419.993	17
17 Sonstige alte Gemeindeabgaben 4)	-47.168	0	-46.664	0	-44.499	0	-41.852	0	-59.359	0	-64.925	0	-89.020	0	-106.023	0	-109.424	0
18 Interessentenbeiträge n. Veri/Aufschl/AbzG	32.794.653	55	38.703.086	64	40.154.725	66	3.815.952	30	5.216.532	40	5.002.830	38	36.610.615	50	43.919.617	60	45.157.595	61
19 Summe Eigene Steuern	304.177.555	506	321.286.031	530	336.299.232	549	92.667.642	732	95.691.914	737	97.409.562	737	397.045.197	546	416.977.945	566	433.708.794	582
20 Abgabentragsanteile nach ABS 5)	511.696.475	852	521.268.453	860	545.709.867	890	169.671.587	1.337	160.469.724	1.235	169.134.087	1.280	681.368.042	936	681.738.177	926	714.840.934	959
21 Spielbankabgabe 6)	1.192.555	2	1.234.129	2	1.256.574	2	964.770	8	1.016.693	8	1.016.693	8	2.157.325	3	2.250.822	3	2.378.340	3
22 Abgabentragsanteile nicht nach ABS 7)	57.414.939	96	50.992.527	84	52.453.134	86	10.175.847	80	21.898.012	168	22.965.575	174	67.590.786	93	72.880.539	99	75.421.709	101
23 Summe Abgabentragsanteile	570.303.969	949	573.495.109	946	599.415.575	978	180.812.184	1.425	183.374.428	1.412	193.225.408	1.462	751.116.153	1.032	756.869.538	1.028	792.640.983	1.064
24 Weitere Einnahmen:																		
25 Benutzungsgebühren nach dem FAG 8)	168.449.562	280	176.719.001	291	185.995.468	303	21.216.627	167	21.057.137	162	21.877.079	166	189.668.189	261	197.776.138	269	207.838.537	279
26 Bedarfszuweisungen 9)	90.642.672	151	101.154.616	167	102.330.495	167	9.079.019	72	10.001.604	77	10.010.613	76	99.721.691	137	111.156.220	151	112.341.108	151
27 Summe Zeilen 19, 23 und 25 bis 26	1.133.573.758	1.887	1.172.654.758	1.934	1.224.006.760	1.997	303.977.472	2.395	310.125.084	2.387	322.522.662	2.441	1.437.551.231	1.976	1.482.779.842	2.014	1.546.529.422	2.076
Verpflichtungen zum 31.12.:																		
28 Darlehensaufnahmen	99.785.317	166	128.209.595	211	167.509.219	273	10.000.000	79	40.000.000	308	45.000.000	341	109.785.317	151	168.209.585	228	212.509.219	285
29 Schuldzinsen	7.872.341	13	7.475.514	12	-7.935.626	-13	383.852	3	720.402	6	-1.074.586	-8	8.256.192	11	8.195.916	11	-9.010.212	-12
30 laufende Schuldentilgung	71.406.948	119	72.757.031	120	73.778.414	120	1.701.246	13	1.698.407	13	1.696.875	13	73.108.194	100	74.458.438	101	75.473.289	101
31 Schuldenstand zum 31.12.	797.806.612	1.328	827.686.766	1.365	907.530.259	1.481	40.051.369	316	78.352.962	603	121.656.087	921	837.859.982	1.151	906.039.728	1.231	1.029.186.346	1.381
32 Stand an Haftungen zum 31.12.	442.896.121	737	436.023.057	719	401.483.326	655	139.137.685	1.096	133.376.160	1.027	118.326.974	895	562.033.807	800	569.399.217	773	519.810.300	698
33 Stand an Leasingverpflichtungen 31.12.	58.849.142	98	54.462.136	87	43.183.940	70	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Vermögen zum 31.12.:																		
34 Zuführungen an Rücklagen	46.310.917	77	33.808.060	56	38.516.819	63	1.997.817	16	614.869	5	3.053.387	23	48.308.734	66	34.422.930	47	41.570.206	56
35 Stand an Rücklagen	142.843.577	238	143.887.394	237	144.276.212	235	12.853.099	101	6.976.000	54	10.029.387	76	155.706.676	214	150.863.394	205	154.305.599	207
36 Stand an Darlehensforderungen	18.601.060	31	18.754.549	31	17.975.548	29	8.822.185	20	8.661.692	67	8.400.105	64	27.423.245	38	27.415.240	37	26.375.653	35
37 Stand an Wertpapieren	226.474.693	377	204.669.178	337	225.397.755	368	26.245.528	191	24.845.528	186	24.845.528	186	229.414.706	312	250.243.283	312	250.243.283	336
38 Stand an Wertpapieren	6.093.828	10	5.942.203	10	5.022.191	8	13.376.303	107	9.435.176	73	5.394.391	41	19.470.131	27	15.377.379	21	10.415.582	14
39 Zuführung an a.o. Haushalt	45.069.303	75	36.540.282	60	46.270.348	75	22.187.740	175	17.570.000	135	24.429.218	185	67.257.043	92	54.110.282	74	70.699.566	95
40 Zahl der Beamten 10)	241	233	206	149	144	133	144	144	144	144	133	390	377	377	377	377	377	377
41 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	7.043	7.352	7.698	1.444	1.520	1.638	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444	1.444
42 Summe ständig Bedienstete (VZA 11)	7.284	7.585	7.904	1.593	1.664	1.771	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593	1.593

1) Um Abschlussbuchungen (Posten 96*) bereinigte Werte; 2) Ohne Pensionen und sonstige Ruhebezüge; 3) Sonstige Gemeindeabgaben. Sonstige Abgaben aufgrund des Steuerfindungsrechtes der Länder, Parkgebühren, Kommissionsgebühren, Nebensprache etc.;
 4) Sonstige alte Gemeindeabg. i.w. Getränkesteuer - Minusbeiträge resultieren aus Rückstellungen; 5) nach abgestuftem Bevölkerungsschlüssel aufgeteilt; 6) Spielbankabgabe Casinos Innsbruck, Kitzbühel und Seefeld i.T.
 7) nicht nach abgestuftem Bevölkerungsschlüssel sondern abweichend aufgeteilt; 8) Benutzungsgebühren nach § 16 Abs. 1 Z. 15 FAG (Kanai, Wasser etc.); 9) BDZw an Gemeinden und Gemeindeverbände ohne Schul- und Kindergartenbauförderung - lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeinden;
 10) inkl. beamtete Sprengbezirke; 11) Vollzeitäquivalente ohne Saisonbeschäftigte

35.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	10.733.112	11.462.072	728.960	6,79
Lohnsteuer	22.247.766	23.575.302	1.327.536	5,97
Kapitalertragsteuer	2.230.425	2.852.968	622.544	27,91
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	869.574	504.135	-365.439	-42,03
Körperschaftsteuer	16.230.792	19.338.722	3.107.931	19,15
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	580	369	-210	-36,24
Stiftungseingangssteuer	6.433	2.594	-3.839	-59,68
Bodenwertabgabe	172.060	172.076	16	0,01
Stabilitätsabgabe	217.410	125.983	-91.427	-42,05
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	52.708.150	58.034.222	5.326.071	10,10
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	21.943.365	21.743.384	-199.980	-0,91
Tabaksteuer	1.608.839	1.705.457	96.619	6,01
Biersteuer	168.186	155.036	-13.151	-7,82
Mineralölsteuer	2.407.871	3.844.292	1.436.421	59,66
Alkoholsteuer	109.733	103.347	-6.386	-5,82
Schaumweinsteuer	13.333	13.258	-75	-0,56
Kapitalverkehrssteuern	1.488	13	-1.475	-99,11
Werbeabgabe	99.121	96.914	-2.207	-2,23
Energieabgabe	881.251	848.827	-32.423	-3,68
Normverbrauchsabgabe	512.377	555.222	42.845	8,36
Flugabgabe	51.300	61.377	10.077	19,64
Grunderwerbsteuer	10.740.062	10.498.531	-241.531	-2,25
Versicherungssteuer	893.330	948.761	55.432	6,21
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.831.548	1.969.454	137.906	7,53
KFZ-Steuer	108.672	112.315	3.643	3,35
Konzessionsabgabe	175.766	177.208	1.441	0,82
Summe sonstige Steuern	41.546.242	42.833.397	1.287.155	3,10
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	94.254.392	100.867.619	6.613.227	7,02

36.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	27.886.866	29.364.527	1.477.662	5,30
Lohnsteuer	153.183.328	164.764.361	11.581.032	7,56
Kapitalertragsteuer	10.825.936	11.927.424	1.101.489	10,17
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.541.840	3.785.181	-1.756.658	-31,70
Körperschaftsteuer	51.510.363	59.802.000	8.291.637	16,10
Abgeltungssteuern Schweiz	-2.310	-16	2.294	99,30
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-42	0	42	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	83.043	8.266	-74.778	-90,05
Stiftungseingangssteuer	543.433	88.952	-454.481	-83,63
Bodenwertabgabe	158.998	498.599	339.602	213,59
Stabilitätsabgabe	671.641	625.079	-46.562	-6,93
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	250.403.094	270.864.374	20.461.279	8,17
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	141.359.207	143.039.921	1.680.714	1,19
Tabaksteuer	10.784.776	10.885.931	101.155	0,94
Biersteuer	1.064.164	1.065.497	1.333	0,13
Mineralölsteuer	24.020.422	24.286.421	265.998	1,11
Alkoholsteuer	913.282	952.448	39.165	4,29
Schaumweinsteuer	153.367	154.976	1.608	1,05
Kapitalverkehrssteuern	6.674	4.450	-2.223	-33,32
Werbeabgabe	681.009	665.411	-15.598	-2,29
Energieabgabe	6.592.857	6.213.359	-379.498	-5,76
Normverbrauchsabgabe	2.747.687	2.741.776	-5.911	-0,22
Flugabgabe	517.683	395.485	-122.197	-23,60
Grunderwerbsteuer	64.583.202	74.099.157	9.515.955	14,73
Versicherungssteuer	7.076.835	7.228.281	151.446	2,14
Motorbezogene Versicherungssteuer	12.427.690	13.120.600	692.909	5,58
KFZ-Steuer	382.189	395.493	13.304	3,48
Konzessionsabgabe	1.656.021	1.677.800	21.779	1,32
Summe sonstige Steuern	274.967.066	286.927.005	11.959.940	4,35
Kunstförderungsbeitrag	90.191	90.240	49	0,05
Gesamtsumme	525.460.351	557.881.619	32.421.268	6,17
Zwischenabrechnung	-8.995.968	7.337.103	16.333.071	181,56
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	516.464.383	565.218.722	48.754.339	9,44

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR MAI 2019		
(endgültiges Ergebnis)		
	April 2019	Mai 2019
	(endgültig)	(endgültig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	106,5	106,7
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	117,9	118,1
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	129,1	129,3
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	142,7	143,0
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	150,2	150,4
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	196,4	196,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	305,2	305,8
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	535,7	536,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	682,6	683,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	684,8	686,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Mai 2019 beträgt 106,7 (endgültige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat April 2019 um 0,2 Punkte gestiegen (April 2019 gegenüber März 2019 + 0,1 Punkte). Gegenüber Mai 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,8 Punkte (+ 1,7 %), für April 2019/2018 um 1,8 Punkte (+ 1,7 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck